

Gute Löhne

für einen guten öffentlichen Dienst

6,5 Prozent mehr Lohn oder Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat fordert die Gewerkschaft ver.di für die zwei Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft in den laufenden Tarifverhandlungen.

Krankenschwestern, Altenpfleger, Busfahrer, Angestellte in Rathäusern, Feuerwehrleute - sie alle leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit. Sie haben einen Anspruch auf gute Bezahlung. Und sie haben einen großen Nachholbedarf, insbesondere in den unteren Entgeltgruppen. Ihre Löhne und Gehälter sind in der Vergangenheit deutlich weniger gewachsen als die der Privatwirtschaft - die Inflation mitgerechnet seit 2005 nur um ein Prozent.

Zugleich wurde am öffentlichen Dienst ein Raubbau betrieben. Seit 1991 fielen 1,6 Millionen Stellen weg und damit jeder dritte Arbeitsplatz. Die Hälfte davon durch Privatisierung. Die Folgen tragen die Beschäftigten mit schlechteren Arbeitsbedingungen und die Bürgerinnen und Bürger, die mehr und bessere öffentliche Dienstleistungen wollen.

Die Politik macht für die Bankenrettung viele Milliarden Euro locker. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sagen zu Recht: »Die nächsten Milliarden für uns«. DIE LINKE unterstützt sie dabei.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Gute Löhne

für einen guten öffentlichen Dienst

6,5 Prozent mehr Lohn oder Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat fordert die Gewerkschaft ver.di für die zwei Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft in den laufenden Tarifverhandlungen.

Krankenschwestern, Altenpfleger, Busfahrer, Angestellte in Rathäusern, Feuerwehrleute - sie alle leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit. Sie haben einen Anspruch auf gute Bezahlung. Und sie haben einen großen Nachholbedarf, insbesondere in den unteren Entgeltgruppen. Ihre Löhne und Gehälter sind in der Vergangenheit deutlich weniger gewachsen als die der Privatwirtschaft - die Inflation mitgerechnet seit 2005 nur um ein Prozent.

Zugleich wurde am öffentlichen Dienst ein Raubbau betrieben. Seit 1991 fielen 1,6 Millionen Stellen weg und damit jeder dritte Arbeitsplatz. Die Hälfte davon durch Privatisierung. Die Folgen tragen die Beschäftigten mit schlechteren Arbeitsbedingungen und die Bürgerinnen und Bürger, die mehr und bessere öffentliche Dienstleistungen wollen.

Die Politik macht für die Bankenrettung viele Milliarden Euro locker. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sagen zu Recht: »Die nächsten Milliarden für uns«. DIE LINKE unterstützt sie dabei.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G